

## Die Piraten – und was von ihnen bleiben wird

Werner T. Bauer  
November 2012

Vorwort .....	2
1. Eine kurze Geschichte der Piraten .....	3
1.1. <i>Piratpartiet</i> – die schwedische Mutter aller Piraten .....	3
1.2. Die PIRATEN entern die deutschen Landesparlamente .....	5
1.3. Österreichs Piraten am Trockendock.....	7
1.4. Die „Andreas-Hofer“-Piraten .....	8
1.5. Weitere Piratenparteien .....	9
1.6. Internationale Piratenverbände.....	10
2. Das politische Programm der Piraten .....	12
2.1. Der Cyberspace ist frei! .....	12
2.2. Die Uppsala-Erklärung .....	12
2.3. „Keine ‚Ein-Punkt-Partei‘“ .....	13
2.4. „Mehr Demokratie“ .....	14
2.5. „Freier Zugang zu Wissen für alle“ .....	14
2.6. Recht auf Teilhabe am digitalen Leben.....	15
2.7. Stärkung der Bürgerrechte .....	16
2.8. Transparenz des Staatswesens.....	17
2.9. Freier Zugang zu Bildung und Wissenschaft.....	18
2.10. Sozial- und Umwelt- und Gesundheitspolitik.....	18
2.11. Vielfalt .....	19
3. Ideologische Positionierung der Piraten .....	21
3.1. Verhältnis der Piraten zu den „etablierten Parteien“.....	21
3.2. Von Rechten unterwandert? .....	23
3.3. Die Piraten und <i>Anonymous</i> .....	24
3.4. Anhänger- und Wählerschaft .....	26
4. Die Piraten – „Feuer am Dach“ oder bloß ein politisches Strohfeuer? .....	27
5. Empfohlene Literatur .....	30

## Vorwort

Nach ihren spektakulären Erfolgen bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin Ende 2011 sowie bei den Landtagswahlen in Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2012 waren die PIRATEN plötzlich in aller Munde. Rasch wurde den „neuen Grünen“ der sichere Einzug in den deutschen Bundestag prophezeit, und auch in Österreich stand die Piratenpartei in allen Umfragen vor dem Sprung ins Parlament.

Wenige Monate und eine weitere Verschärfung der Wirtschafts- und Finanzkrise später ist es bedeutend ruhiger um die politischen Newcomer geworden, die sich plötzlich mit den Mühen der Ebene konfrontiert sehen und zur Kenntnis nehmen müssen, wie rasch die mediale Aufmerksamkeit umschlägt, wenn innerparteiliche Querelen, Grabenkämpfe und Parteiausschlüsse im Vordergrund stehen.

Über Erfolg oder Misserfolg der Piraten bei den im kommenden Jahr stattfindenden bundesweiten Wahlgängen in Deutschland und Österreich wird deshalb nicht nur ihr möglicher Appeal als jugendliche Protest- und Partizipationspartei entscheiden, sondern auch ihr Auftreten als eine moderne und glaubwürdige Alternative zur etablierten Politik.

Die folgende Übersicht hat es sich zum Ziel gesetzt, die noch junge Geschichte der Piraten zu skizzieren und, v.a. am Beispiel der deutschen PIRATEN, die inhaltlich-programmatisch bereits am weitesten fortgeschritten sind und vielen anderen Piratenparteien als Vorbild und Modell dienen können, das politische Programm einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Wien, November 2012

# 1. Eine kurze Geschichte der Piraten

## 1.1. *Piratpartiet* – die schwedische Mutter aller Piraten

Viele fragen sich: „Warum Schweden“? Da ein großer Teil der schwedischen Bevölkerung schon sehr früh über Möglichkeiten verfügte, Daten aus dem Internet abzurufen oder selbst Inhalte im Netz zur Verfügung zu stellen, und das schwedische Urheberrecht nicht an die modernen Gegebenheiten des digitalen Datenaustauschs angepasst war, wurden zu Beginn des neuen Millenniums große Medienunternehmen wie *Disney*, *Fox*, *Sony Pictures*, *Universal*, *Viacom* und *Warner* aktiv und gründeten 2001 das schwedische „Antipirateriebüro“ (*Antipiratbyrån*). Dessen Aufgabe war es, den Kampf gegen das illegale Kopieren von urheberrechtlich geschützten Werken zu koordinieren und durch politische Lobbyingarbeit auf eine Aktualisierung und Verschärfung des Urheberrechts hinzuwirken.

Als Reaktion darauf gründeten Internetaktivisten 2003 das „Piratenbüro“ (*Piratbyrån*), das den gemeinschaftlichen Kampf gegen das rigide Copyright unterstützte. *Piratbyrån* stellte Newsgroups und Foren bereit, die sich mit *Filesharing*<sup>1</sup>, Fragen des geistigen Eigentums, Softwarepiraterie und digitaler Kultur beschäftigten, und organisierte regelmäßig stattfindende Veranstaltungen sowie eine jährliche „*May-day*“-Demonstration. Die Organisation unterhielt auch Kontakte zu zahlreichen anderen Anti-Copyright-Organisationen weltweit.

Der ursprünglich negativ konnotierte Begriff „Pirat“, der v.a. von der Musik- und Filmindustrie geprägt worden war, um Personen zu bezeichnen, die kostenpflichtige Inhalte unrechtmäßig kopieren, wurde damit politisch besetzt und innerhalb kürzester Zeit positiv umgedeutet – ein erstaunliches Beispiel von ideologischem *Reframing*.

Am 1. Januar 2006 wurde schließlich die schwedische *Piratpartiet*<sup>2</sup> gegründet.

Die Partei setzt sich für die Bürger- und Freiheitsrechte sowie für Informationsfreiheit und Datenschutz ein. Ganz oben auf der politischen Agenda stehen eine komplette Reform des Urheberrechts sowie die Abschaffung des Patentrechts. Außerdem wendet sich die Piratenpartei gegen die massiven Beschneidungen der Freiheitsrechte im sogenannten Antiterrorkampf und tritt gegen die präventive Überwachung und die Speicherung von Verbindungsdaten ein. In ihrem Manifest heißt es, die *Piratpartiet* trete entschieden dagegen auf, dass die Menschen in den „Entwicklungsländern Hunger leiden“, weil die entwickelten Staaten Patente auf Software erheben und nicht bereit seien, geistiges Eigentum mit anderen zu teilen. In diesem Zusammenhang treten die Piraten auch dafür ein, internationale Verträge über geistiges Eigentum mit der Welthandelsorganisation WTO aufzukündigen.

---

<sup>1</sup> *Filesharing* bezeichnet das direkte Weitergeben von Dateien zwischen Benutzern des Internets unter Verwendung eines *Filesharing*-Netzwerks.

<sup>2</sup> <http://www.piratpartiet.se/>

Zielgruppen der *Piratpartiet* sind v.a. jüngere Internetnutzer, insbesondere Nutzer von P2P-Börsen.<sup>3</sup>

Die Piratenpartei trat nur wenige Monate nach ihrer Gründung bei der Wahl zum Schwedischen Reichstag am 17. September 2006 an, erreichte allerdings nur 0,63% der Stimmen und blieb damit weit unter ihren eigenen Erwartungen.

Im Zuge der am 1. April 2009 umgesetzten EU-Richtlinie zum Schutze immaterieller Rechte (IPRED, *Intellectual Property Rights Enforcement Directive*)<sup>4</sup> erfuhr die schwedische Piratenpartei einen starken Mitgliederzuwachs. Im Jahr 2009, in dem es auch zu einem höchst umstrittenen Urteil gegen das BitTorrent-Portal<sup>5</sup> *The Pirate Bay*<sup>6</sup> kam, stieg die Anzahl der Parteimitglieder von etwa 15.000 auf über 40.000 an. Christian Engström, Spitzenkandidat der Partei bei der Wahl zum europäischen Parlament, meinte: „Das Urteil war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.“<sup>7</sup> Allerdings wurden die meisten Mitgliedschaften nach Ablauf der einjährigen Mitgliedsfrist nicht erneuert, weshalb die Mitgliederzahl gegenwärtig wieder bei unter 10.000 liegt – ein eindeutiges Zeichen für die Volatilität des gesellschaftspolitischen Umfelds nicht nur der schwedischen Piratenpartei.

Bei der Europawahl 2009 erreichte *Piratpartiet* mit sensationellen 7,1% der schwedischen Stimmen einen Sitz (Lars Christian Engström, 1960\*)<sup>8</sup>, nach der Vergrößerung des Europaparlaments durch die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon zum 1. Dezember 2009 einen zweiten (Amelia Andersdotter, 1987\*, Abgeordnete ab 2011). Die Piraten waren v.a. bei der männlichen Wählerschaft gut angekommen (12%), wo hingegen nur 4% der Frauen für sie votierten. In der Gruppe der 18–30-jährigen WählerInnen wurde die *Piratpartiet* mit einem Anteil von 19% sogar stärkste Partei. Die beiden Abgeordneten der Piraten wurden als Mitglieder in die Fraktion *Die Grünen / Europäische Freie Allianz* im Europäischen Parlament aufgenommen.<sup>9</sup>

---

<sup>3</sup> P2P bedeutet *Peer-to-Peer Connection*, also Rechnerverbindungen und Kommunikation unter Gleichen – im Gegensatz zum traditionellen *Client-Server-Modell*, bei dem ein *Server* einen Dienst anbietet und ein *Client* diesen Dienst nutzt.

<sup>4</sup> Die *Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums* zielt darauf ab, einen gleichwertigen Schutz und damit auch eine schrittweise Angleichung der Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums in den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

<sup>5</sup> Ein *BitTorrent-Tracker* nimmt selbst nicht am Tausch von Dateien teil, sondern hilft den Anbietern und Nachfragern bestimmter Dateien, sich „gegenseitig zu finden“.

<sup>6</sup> Aus dem ursprünglichen Piratenbüro gingen 2004 *The Pirate Bay* und 2006 die *Piratpartiet* hervor. Die beiden Organisationen grenzen sich allerdings in ihren Zielen und der Form ihrer Organisation deutlich voneinander ab.

<sup>7</sup> Bartels, *Die Piratenpartei*, 2009:53.

<sup>8</sup> Interview mit Christian Engström, *Jungle World*, 18.7.2009, <http://jungle-world.com/artikel/2009/25/35304.html>

<sup>9</sup> Die Fraktion der *Grünen / Europäische Freie Allianz* (Grüne/EFA) wird im Wesentlichen von zwei Parteien getragen, der *Europäischen Grünen Partei* (EGP) und der regionalistischen *Europäischen Freien Allianz* (EFA), zu der z.B. auch der *Südschleswigsche Wählerverband* oder die *Scottish National Party* zählen. Außerdem gehören der Fraktion zwei Mitglieder der *Nordisch grün-linken Allianz*

Bei der schwedischen Reichstagswahl 2010 erzielte die *Piratpartiet* wiederum nur magere 0,65% und blieb damit neuerlich klar unter der Vier-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament.

Vorsitzender der schwedischen Piratenpartei war vom 1. Januar 2006 bis 1. Januar 2011 deren Gründer, der IT-Unternehmer Rick Falkvinge (1972\*).<sup>10</sup> Seine Nachfolgerin als Parteivorsitzende ist die Schriftstellerin („Rosetta Sten“) und Übersetzerin Anna Troberg (1974\*).<sup>11</sup>

## 1.2. Die PIRATEN entern die deutschen Landesparlamente

Die *Piratenpartei Deutschland* (PIRATEN)<sup>12</sup> wurde am 10. September 2006 in Berlin gegründet. An der offiziellen Gründungsversammlung, die im Berliner *c-base*<sup>13</sup> stattfand, nahmen etwa 50 Personen teil.

Es dauerte einige Jahre, bis die deutschen Piraten so richtig in Fahrt kamen. Die Partei nahm 2008 bei der Landtagswahl in Hessen erstmals an einer Wahl teil und erreichte 0,25% der Stimmen. Bei der vorgezogenen Neuwahl in Hessen ein knappes Jahr später waren es 0,5%, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 0,9%. Wahlanalysen zeigten, dass die Wähler der PIRATEN zu zwei Dritteln männlich, jünger als 35 Jahre und gut gebildet waren und vorwiegend in Großstädten lebten.<sup>14</sup>

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 2009 erlangte die Partei jeweils einen Sitz in den Stadträten der Universitätsstädte Aachen und Münster.

Seit 2009 besitzen die PIRATEN Landesverbände in allen 16 Bundesländern. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichten sie 2% der Zweitstimmen, wobei sie in einigen Universitätsstädten deutlich besser abschnitten.

Zu erwähnen ist, dass nach dem Parteiübertritt des SPD-Abgeordneten Jörg Tausch im Juni 2009 ein Mitglied der Piratenpartei bis zur Bundestagswahl im Oktober 2009 als fraktionsloser Abgeordneter im Deutschen Bundestag saß. Tausch, gegen den im März 2009 ein Strafverfahren wegen Besitzes und Verbreitung kinderpornografischer Schriften eingeleitet worden war, trat nach seiner Verurteilung im Mai 2010 aus der Piratenpartei aus. Sein Antrag auf Wiederaufnahme wurde vom zuständigen Bezirksverband Karlsruhe Ende 2011 mit

---

(NGLA) sowie die beiden Abgeordneten der schwedischen *Piratpartiet* an. Die Fraktion zählt gegenwärtig 59 Mitglieder.

<sup>10</sup> Interview mit Rickard Falkvinge, *Süddeutsche Zeitung*, 11.1.2006, <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/251718>

<sup>11</sup> <http://annatroberg.com/english/>

<sup>12</sup> <http://www.piratenpartei.de/>

<sup>13</sup> *c-base* bezeichnet sowohl den Verein *c-base e. V.* als auch dessen Vereinsräumlichkeiten in Berlin Mitte. *c-base* versteht sich als ein Mittelpunkt der Berliner Hackerszene.

<sup>14</sup> Bartels, 2009:120.

der Begründung abgelehnt, dem Frieden und der innerparteilichen Geschlossenheit nicht schaden zu wollen.

Bei den Bezirksversammlungswahlen in Hamburg 2011 erreichte die Piratenpartei zwei Sitze im Bezirk Hamburg-Mitte und einen weiteren Sitz im südöstlichen Stadtbezirk Bergedorf. Es folgten weitere Erfolge bei Kommunalwahlen, so etwa in Hessen (31 Sitze) oder in Niedersachsen (59 Sitze).

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011 erreichte die Partei 2,1%, bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1,9%.

Die Erfolgsstory der deutschen Piraten begann schließlich im Herbst 2011: Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2011 zog die Partei mit 8,9% und 15 Abgeordneten in das Landesparlament und darüber hinaus auch in alle zwölf Bezirksverordnetenversammlungen der Stadt ein. In fünf Bezirken errangen die Piraten sogar mehr Sitze, als sie besetzen konnten.

Dem voran gingen ab dem Spätherbst 2010 eine Reihe weltweit beachteter spektakulärer Hacker-Angriffe von *Anonymus* (auf Konzerne wie Visa, Mastercard und Sony bzw. einzelne Regierungen) sowie die Veröffentlichung zahlreicher geheimer Regierungsakten (u.a. US-Diplomatenberichte) durch *Wikileaks*. Beide Bewegungen verbindet mit den Piraten die Idee des freien Zugangs zu Informationen. Die Piraten erschienen deshalb vielen als jene politische Bewegung, die diese Anliegen vertreten und umsetzen würde. Dazu kamen eine Reihe populärer Wahlversprechen wie kostenloser Nahverkehr oder die Offenlegung der Verträge der Berliner Wasserprivatisierung sowie ein eloquenter Spitzenkandidat Andreas Baum.

Bei der Landtagswahl im Saarland am 25. März 2012 erreichte die Piratenpartei 7,4% der Stimmen und vier Landtagssitze. Und nachdem der bis dahin parteilose Bürgermeister der Gemeinde Eixen (Mecklenburg-Vorpommern), André Bonitz, in die Piratenpartei eingetreten war, stellte diese auch erstmals einen Bürgermeister.

Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012 erreichte die Piratenpartei 8,2% und sechs Sitze, bei der eine Woche später abgehaltenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 7,8% und 20 Sitze.

Die Partei hatte bereits in der zweiten Jahreshälfte 2009 einen starken Mitgliederzuwachs erlebt, so dass sich die Mitgliederzahl in wenigen Monaten verzehnfachte. Im Juni 2011 zählte die Partei etwa 12.000 Mitglieder und war damit, gemessen an den Mitgliederzahlen, die siebtgrößte Partei Deutschlands und die größte der nicht im Bundestag vertretenen Parteien.

Nach dem Erfolg der Piraten bei der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses erhöhte sich die Mitgliederzahl noch einmal, diesmal auf über 20.000.<sup>15</sup>

Allerdings sehen sich die PIRATEN nach den Erfolgen der letzten Monate mit einer Reihe von Organisations-, Struktur- und Kommunikationsproblemen konfrontiert, die größtenteils aus der Diskrepanz zwischen ihrem eigenen Selbstverständnis und den Spielregeln der repräsentativen Demokratie sowie der modernen Mediengesellschaft resultieren. Bei den WählerInnen fällt die Partei deshalb zunehmend in Ungnade. Neuesten Umfragen zufolge kämen die PIRATEN derzeit nur noch auf vier Prozent und würden den Einzug ins Parlament damit verpassen.<sup>16</sup>

Die Organisationsstruktur der deutschen Piratenpartei orientiert sich am deutschen Parteiengesetz – mit Bundespartei Vorstand, Landesverbänden und deren Vorsitzenden, Jugendorganisation und Hochschulgruppen.<sup>17</sup> Der Vorstand der deutschen Piratenpartei wird jährlich auf einem Bundesparteitag neu gewählt. Zur innerparteilichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung wird das Internet intensiv genutzt.

### 1.3. Österreichs Piraten am Trockendock

Im Juli 2006 wurde die *Piratenpartei Österreichs* (PPÖ)<sup>18</sup> als erste nichtschwedische Piratenpartei gegründet. Obwohl sie damit zu den Pionieren der Piratenbewegung zählt, schaffte es die Partei nicht, die für eine Kandidatur bei den österreichischen Nationalratswahlen am 1. Oktober 2006 nötigen 2.600 Unterstützungserklärungen zu sammeln.

2007 trat die Fraktion *Piraten – Fairness, Fnord & freie Skripten*<sup>19</sup> bei der Wahl zur Österreichischen Hochschülerschaftsvertretung an mehreren Universitäten an. Der Einzug in die Bundesvertretung gelang der Liste jedoch nicht.

Auch für ein Antreten bei den vorgezogenen Nationalratswahlen 2008 erreichte die Partei die notwendige Anzahl an Unterstützungserklärungen nicht. Auf einen Antritt zur Wahl des EU-Parlaments 2009 verzichtete man.

---

<sup>15</sup> Die Mitgliedschaft in der Piratenpartei erlischt bei Nichtbezahlung der Mitgliedsbeiträge nicht; allerdings verliert das Mitglied seine Stimmberechtigung. Mitte 2012 waren deshalb nur etwa 56% der Mitglieder auch stimmberechtigt, d.h., bei einer „konservativen“ Mitgliederzählung käme die Piratenpartei nur etwa auf die Hälfte ihrer derzeit ausgewiesenen Mitglieder.

<sup>16</sup> <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/krise-bei-den-piraten-rufe-nach-weisband-werden-lauter-a-865160.html>

<sup>17</sup> Die *Jungen Piraten* (JuPis) bilden seit April 2009 den Jugendverband der deutschen Piratenpartei. Im selben Jahr gründeten sich auch die ersten Hochschulgruppen.

<sup>18</sup> <http://piratenpartei.at/>

<sup>19</sup> „Fnord“ ist ein Kunstwort, das vor allem durch die *Illuminatus-Trilogie* von [Robert Anton Wilson](#) und [Robert Shea](#) sowie die *Principia Discordia* bekannt wurde. Es steht sinnbildlich für *Konditionierung* durch gezieltes Einspielen von Information und *Desinformation* und die sich daraus ergebenden Manipulationsmöglichkeiten, vor allem für die *Massenmedien* und den *Staat*.

Im Frühjahr 2010 nahm die PPÖ in Bregenz erstmal an einer Gemeindewahl teil und erzielte 1,6% der Wählerstimmen.

Das Antreten der *Piratenpartei Österreichs* bei den Nationalratswahlen 2013 und den Europawahlen 2014 gilt nach derzeitigem Stand als sicher.

Die *Piratenpartei Österreichs* verzichtet im Interesse der Basisdemokratie bewusst auf einen Bundesvorsitzenden; ihr Führungsteam besteht aus einem fünfköpfigen Bundesvorstand, einem Bundespressesprecher sowie diversen Themensprechern.

Im Sommer 2012 legten drei der fünf Vorstände ihre Ämter zurück. Eine erste ernste Krise der noch jungen Partei. Anfang September 2012 gaben mehrere frühere Vorstandsmitglieder die Gründung der *Realdemokraten Österreich* (RDÖ) bekannt. Grund für die Abspaltung sei, dass die Leitsätze „Moral vor Technik“ und „reale Demokratie leben“ bei den Piraten nicht umsetzbar gewesen seien.

Ende Oktober 2012 wurde bei der Bundesgeneralversammlung der Piraten in Graz ein neuer Vorstand gewählt, der die Aktivitäten im bevorstehenden Wahljahr koordinieren und die Partei aus den negativen Schlagzeilen herausbringen soll. Vorstandsmitglied Lukas Daniel Klausner rechnet bei den nächsten Nationalratswahlen nach wie vor „mit vier bis sieben – optimistisch mit zehn Prozent“.<sup>20</sup> Aktuelle Umfragen sehen die Piraten allerdings bei höchstens 2%.

#### **1.4. Die „Andreas-Hofer“-Piraten**

Die *Piraten Partei Tirol*<sup>21</sup> entstand ursprünglich als Landesorganisation der *Piratenpartei Österreichs*. Nach internen Konflikten, die sich v.a. an organisatorischen Fragen entzündeten, wurde die Tiroler Landesorganisation im Januar 2012 ausgeschlossen und existiert seither als eigenständige Partei.

Bei der Gemeinderatswahl in Innsbruck im April 2012 erreichte die Partei 3,8% der Stimmen, errang ein Mandat (Alexander Ofer) und schaffte als erste österreichische Piratenpartei den Einzug in einen Gemeinderat.

Im Mai 2012 wurde der bisherige Vorstand auf einer außerordentlichen Generalversammlung durch einen neuen fünfköpfigen Vorstand ersetzt. Neogemeinderat Alexander Ofer wurde von der Partei wegen seines „autoritären Führungsstils“ ausgeschlossen. Allgemein wird nun eine Wiederannäherung von PPÖ und PPT erwartet.

---

<sup>20</sup> *Die Presse*, 30.10.2012, Seite 4.

<sup>21</sup> <http://www.piratenpartei-tirol.org/>

## 1.5. Weitere Piratenparteien

Die französische *Parti Pirate* (PP)<sup>22</sup> wurde am 21. Juni 2006 in Anlehnung an die schwedische *Piratpartiet* und aus Protest gegen das DADVSI-Gesetz<sup>23</sup> gegründet und am 4. April 2009 offiziell registriert. Sie ist Mitglied der *Pirate Parties International*. Die Partei beteiligte sich 2009 erstmals an einer Nachwahl zum französischen Parlament im Département Yvelines (Île de France) und erreichte 2% der Stimmen. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2012 konnten die französischen Piraten keine Erfolge erzielen. Nur 25 ihrer 101 KandidatInnen erreichten im ersten Wahlgang mehr als 1% der Stimmen – am besten Schnitt die Kandidatin der Auslandsfranzosen in Deutschland (2,85%) ab.<sup>24</sup>

Nach Gründung der schwedischen *Piratpartiet* im Jahr 2006 wurde noch im selben Jahr in Finnland die *Tietoyhteiskuntaapuolue* (TYP, Informationsgesellschaftspartei) gegründet. Die TYP konnte die für eine Teilnahme an den Parlamentswahlen 2007 notwendigen 5.000 Unterstützerunterschriften nicht sammeln und stellte in der Folge ihre Tätigkeit ein. Am 24. Mai 2008 wurde schließlich die *Piraattipuolue*<sup>25</sup> gegründet und am 13. August 2009 offiziell als Partei registriert. Die Partei trat erstmals bei den Parlamentswahlen 2011 an und erreichte 0,5 % der Stimmen.

Ebenfalls im Herbst 2006 wurde die italienische *Partito Pirata Italiano*<sup>26</sup> gegründet. Die Partei ist Gründungsmitglied der *Pirate Parties International* und nahm bei der Wahl zum Europaparlament 2009 erstmals an einer Wahl teil. Die Kommunalwahlen im Mai 2012 wurden allerdings zum Fiasko. Die Piraten rangierten nicht einmal unter „ferner liefern“ – großer Gewinner dieser Protestwahl war der Politclown Beppe Grillo und seine Bewegung *5 Stelle* (Fünf Sterne).

Die slowakische Piratenpartei *Slovenská Pirátska Strana* (SPS)<sup>27</sup> wurde 2007 gegründet. 2012 trat sie mit zwei Kandidaten auf der Liste der *Obyčajní ľudia a nezávislé osobnosti* (OLaNO, „Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen“) zur vorgezogenen Parlamentswahl an. Die OLaNO landete mit 8,5% der Stimmen und 16 Mandaten auf dem dritten Platz.

Die 2006 gegründete, aber erst 2010 offiziell registrierte *Piratenpartij Nederland* (PPNL)<sup>28</sup> nahm im Juni 2010 erstmals an den niederländischen Parlamentswahlen teil und erreichte

---

<sup>22</sup> <https://partipirate.org/blog/> (Französisch).

<sup>23</sup> *Droit d'auteur et droits voisins dans la société de l'information* bezeichnet das französische Gesetzesvorhaben zur Reform des Urheberrechts in Umsetzung der Richtlinie Nr. 29 der Europäischen Union aus dem Jahre 2001.

<sup>24</sup> [http://www.lemonde.fr/politique/article/2012/06/11/pas-de-percee-aux-legislatives-pour-le-parti-pirate\\_1716154\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/article/2012/06/11/pas-de-percee-aux-legislatives-pour-le-parti-pirate_1716154_823448.html)

<sup>25</sup> <http://piraattipuolue.fi/english/> (Englische Unterseite).

<sup>26</sup> <http://www.partito-pirata.it/> (Italienisch).

<sup>27</sup> <http://piratskastrana.sk/> (Slowakisch).

<sup>28</sup> <http://www.piratenpartij.nl/> (Niederländisch).

0,1% der Stimmen. Bei den vorgezogenen Neuwahlen im September 2012 erreichten die niederländischen Piraten 0,3%. Die Partei ist Mitglied von *Pirate Parties International*.

Die *Piratenpartei Schweiz* (PPS)<sup>29</sup> wurde am 12. Juli 2009 in Zürich gegründet. Im März 2010 nahm die Partei an den Kommunalwahlen in Winterthur und der Großratswahl im Kanton Bern teil und erreichte in Winterthur einen der insgesamt 60 Sitze. Bei den Zürcher Kantonsratswahlen im April 2011 erreichten die Piraten 0.56%.

Am 28. September 2009 wurde die dänische *Piratpartiet*<sup>30</sup> registriert. Die Partei orientiert sich stark an der schwedischen Schwesterpartei. Ziel ist es, 20.000 UnterstützerInnen zu gewinnen, um bei den nächsten Parlamentswahlen antreten zu können.

Die Piratenpartei Luxemburgs (*Piratepartei Lëtzebuerg, Parti pirate du Luxembourg*)<sup>31</sup> wurde am 4. Oktober 2009 gegründet. Die Partei ist Mitglied der *Pirate Parties International*. Sie nahm noch an keiner Wahl teil.

Die spanische *Partido Pirata*<sup>32</sup> entstand ebenfalls nach dem Vorbild der schwedischen Piraten; die Partei ist Mitglied des internationalen Dachverbands *Pirate Parties International*. In einigen spanischen Provinzen sind unterdessen eigenständige Piratenparteien entstanden, etwa in Katalonien (*Pirates de Catalunya*<sup>33</sup>) oder in Galicien (*Piratas de Galicia*<sup>34</sup>). Die Piratenpartei trat bei den Kommunalwahlen 2011 in Madrid und Málaga an und erreichte 0,3% der Stimmen. Bei der Spanischen Parlamentswahl im November 2011 trat die Partei nur in einigen Provinzen an und erreichte im Schnitt 0,4% der Stimmen. In der autonomen Region Katalonien erreichten die *Pirates de Catalunya* 0,6%.

Weitere Piratenparteien existieren mittlerweile in zahlreichen europäischen Ländern, aber auch in den USA, Kanada, Australien sowie in Lateinamerika.<sup>35</sup>

## 1.6. Internationale Piratenverbände

Im Jahr 2006 wurde *Pirate Parties International* (PPI)<sup>36</sup> als lose Dachorganisation der bis dahin existierenden nationalen Piratenparteien gegründet. Im Juni 2007 trafen sich Vertreter der Piratenparteien Schwedens, der Niederlande, Österreichs, Deutschland, Polens, Spaniens, Irlands, Dänemarks und Finnlands zu einer internationalen Konferenz in Wien. 2008

---

<sup>29</sup> <http://www.piratenpartei.ch/> (Deutsch).

<sup>30</sup> <http://www.piratpartiet.dk/> (Dänisch).

<sup>31</sup> <http://piratenpartei.lu/> (Deutsch).

<sup>32</sup> <https://www.partidopirata.es/> (Spanisch).

<sup>33</sup> <http://grumets.pirata.cat/> (Katalan).

<sup>34</sup> <http://piratasdegalicia.org/web/> (Galicisch).

<sup>35</sup> Eine komplette Liste findet sich unter <http://www.pp-international.net/>.

<sup>36</sup> <http://www.pp-international.net/>.

folgten weitere Konferenzen in Berlin und Uppsala, wo auch die gleichnamige Deklaration<sup>37</sup> verabschiedet wurde.

Seit Oktober 2009 besitzt PPI den Status einer Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Belgien. Die eigentliche offizielle Gründung mit der Verabschiedung der Statuten erfolgte im April 2010 in Brüssel durch 22 nationale Piratenparteien<sup>38</sup>. PPI unterstützt und koordiniert die Planung und Gründung von Piratenparteien weltweit und organisiert deren interne Kommunikation mittels Foren. Derzeit zählt sie 29 Mitglieder<sup>39</sup>.

Die *Piraten ohne Grenzen (Pirates without borders)*<sup>40</sup> sind ein internationaler Zusammenschluss von Piraten, der in der PPI Beobachterstatus besitzt.

Im Gegensatz zur PPI, die nur nationale Piratenparteien als stimmberechtigte Mitglieder sowie Organisationen als beobachtende Mitglieder aufnimmt, können bei den *Piraten ohne Grenzen* auch Einzelpersonen die Mitgliedschaft erwerben. Die *Piraten ohne Grenzen* entstanden aus dem Umkreis des DACHL (Deutschland-Österreich-Schweiz-Luxemburg), einer Arbeitsgemeinschaft zur Koordination der deutschsprachigen Piratenparteien und verstehen sich als Basis für die Durchführung internationaler Projekte.

Für die Wahlen zum EU-Parlament 2014 wird gegenwärtig die Gründung einer Europäischen Piratenpartei vorbereitet.

---

<sup>37</sup> Siehe Seite 11.

<sup>38</sup> Gründungsmitglieder sind die Piratenparteien aus folgenden Ländern: Australien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Kasachstan, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Rumänien, Russland, Schweiz, Serbien, Spanien, Tschechische Republik.

<sup>39</sup> Beigetreten sind zwischenzeitlich Piratenparteien aus Griechenland, Kanada, Katalonien, Kroatien, Marokko, Neuseeland und Slowenien.

<sup>40</sup> <http://www.pirates-without-borders.org/>

## 2. Das politische Programm der Piraten

### 2.1. Der Cyberspace ist frei!

Die von den Piratenparteien vertretenen Positionen decken sich weitgehend mit jenen diverser NGOs, die sich mit den Bürgerrechten im Cyberspace beschäftigen.<sup>41</sup> Vorrangig geht es um Themen wie Urheberrechte, Software-Patente und Tauschbörsen, aber auch um Überwachung und Zensur im Internet. Zumeist bestehen enge Verbindungen zur technikaffinen Hacker-Szene und deren „Ethik“, die Werte wie Informationsfreiheit, Kooperation und Wissensaustausch betont. Information, so einer der Leitsätze, darf angesichts ihrer immateriellen Qualität nicht mit Besitz oder Eigentum assoziiert werden – ihr eigentlicher Wert bestehe gerade im freien Austausch und unlimitierten Zugang.

Einer der wichtigsten Grundsatztexte wurde 1996 von John Perry Barlow publiziert, einem Mitbegründer der *Electronic Frontier Foundation*. „A Declaration of the Independence of Cyberspace“ („Eine Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace“)<sup>42</sup> war eine direkte Reaktion auf die Verabschiedung des *Telecommunications Act* in den USA.<sup>43</sup>

Barlows Deklaration wandte sich u.a. vehement gegen die Möglichkeit einer Kontrolle des Internets durch nationale Gesetzgebungen und betonte, dass es sich um einen Raum außerhalb der materiellen Welt und damit auch außerhalb der staatlichen Grenzen handle. Traditionelle Konzepte wie Eigentum, Identität und Kontext seien deshalb abzulehnen, da sie allesamt auf Materie basierten. Das Internet, so Barlow, werde mit der Zeit seine eigenen sozialen Kontrakte entwickeln.

### 2.2. Die Uppsala-Erklärung

Nach der Gründung der ersten Piratenparteien kamen diese im Jahr 2008 in der schwedischen Universitätsstadt Uppsala zusammen und verabschiedeten – auch in Hinblick auf die Wahl zum EU-Parlament im Jahr 2009 – eine gemeinsame Erklärung.<sup>44</sup> Darin heißt es: „Copyright is well out of touch with today's cultural landscape. It has evolved into an obstacle to creativity, particularly grass roots creativity.“<sup>45</sup>

---

<sup>41</sup> So z.B. die bereits 1990 gegründete *Electronic Frontier Foundation* (EFF) mit Sitz in San Francisco oder der 1981 in Berlin gegründete *Chaos Computer Club* (CCC).

<sup>42</sup> Englischer Text: <https://projects.eff.org/~barlow/Declaration-Final.html>

<sup>43</sup> Der *Telecommunications Act* wurde am 3. Januar 1996 vom Kongress verabschiedet und wenig später von Präsident Bill Clinton unterzeichnet. Ziel des Gesetzes war die Aufhebung von Wettbewerbsbeschränkungen und die Förderung des Wettbewerbes im Bereich der Telekommunikation.

<sup>44</sup> <http://wiki.piratenpartei.de/Uppsala-Deklaration>

<sup>45</sup> „Das Copyright steht nicht mehr in Verbindung zur heutigen kulturellen Landschaft. Es hat sich zu einem Hindernis für die Kreativität, insbesondere für die Quellen der Kreativität entwickelt.“

Gefordert wird deshalb eine Reform des Urheberrechts, insbesondere die Legalisierung von Privatkopien und die Verkürzung der Schutzdauer im Urheberrecht; eine Reform des Patentrechts, die Innovationen künftig nicht behindert; eine Stärkung der Bürgerrechte durch Transparenz in der Regierungsarbeit;<sup>46</sup> das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie das Recht auf anonyme Kommunikation, besonders auch in der digitalen Kommunikation.

### 2.3. „Keine ‚Ein-Punkt-Partei‘“

Die Piratenparteien sind nicht von vorne herein mit dem Vorsatz angetreten, ein Vollprogramm ähnlich jenem der etablierten Volksparteien anzubieten. Die Piratenparteien, die als sogenannte „weiche Themenparteien“ gegründet wurden, verstehen sich vielmehr als Teil einer internationalen Bewegung zur Mitgestaltung der „digitalen Revolution“, d.h. des Wandels von der postindustriellen Gesellschaft zur Informations- und Wissensgesellschaft. Nach Ansicht der Piraten gefährde die digitale Revolution, die weltweit nahezu sämtliche Lebensbereiche erfasst habe, die Freiheit des Menschen, und das in einer Geschwindigkeit, die die gesellschaftliche Meinungsbildung und die staatliche Gesetzgebung ebenso überfordere wie den Einzelnen selbst.

Der deutsche Soziologe und Geschäftsführer des *Forsa-Instituts*, Manfred Güllner, schreibt im *Online Magazin Cicero* vom 27. Oktober 2011: „Dabei sind die Piraten keine ‚Ein-Punkt-Partei‘, sondern deshalb für viele attraktiv, weil sie anders als die Grünen die Breite der realen Welt verkörpern und ohne konkretes Programm Optimismus verbreiten und Fortschritt in Gesellschaft und Politik verheißen“.<sup>47</sup> Zwar liege der Fokus der Piratenparteien auf der „Freiheit im Netz“ und dem Kampf gegen die staatliche Regulierung und Kontrolle desselben, allerdings seien die Piraten mittlerweile mehr als nur eine reine Interessensvertretung der sogenannten *digital natives*. So etwa bezeichnete der ehemalige Bundesvorsitzende der deutschen Piraten, Sebastian Nerz (2011/12), der im April 2012 von seinem bisherigen Stellvertreter Bernd Schlömer abgelöst wurde, die Partei als „sozial-liberale Grundrechtspartei“, die sich u.a. auch für politische Transparenz einsetze.<sup>48</sup>

Die Piratenparteien setzen es sich zur Aufgabe, die Bürgerrechte zu stärken und die Nutzungsrechte an immateriellen Gütern so reformieren, deren eigentlicher Wert ihrer Ansicht nach gerade im freien Austausch begründet liege. Weiters treten die Piraten für informationelle Selbstbestimmung (Datenschutz und Privatsphäre) und den Ausbau der direkten Demokratie ein.

---

<sup>46</sup> „Eine demokratische Gesellschaft braucht einen transparenten Staat und keine gläsernen Bürger.“

<sup>47</sup> <http://www.cicero.de/berliner-republik/wer-sind-die-piratenwaehler/46297?print>

<sup>48</sup> *Focus Online*, 5.10.2011, [http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/piratenpartei-piraten-sehen-sich-als-sozial-liberale-grundrechtspartei\\_aid\\_671852.html](http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/piratenpartei-piraten-sehen-sich-als-sozial-liberale-grundrechtspartei_aid_671852.html); Pressekonferenz der Piratenpartei, [http://www.n24.de/mediathek/video\\_1256171.html](http://www.n24.de/mediathek/video_1256171.html)

Aufgrund ihrer überraschenden Wahlerfolge in den Jahren 2011 und 2012 sahen sich gerade die deutschen PIRATEN gezwungen, weitere Themenbereiche zu erschließen. International gesehen sind die deutschen PIRATEN deshalb jene Piratenpartei, die bei der Entwicklung eines Grundsatz- und Wahlprogramms am weitesten fortgeschritten ist.<sup>49</sup>

#### **2.4. „Mehr Demokratie“**

Die Piratenpartei möchte die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen steigern und die Partizipation der BürgerInnen an der Demokratie fördern. Sie sieht es als Ihre Aufgabe an, die Anpassung der gelebten Demokratie an die Möglichkeiten des digitalen Informationsaustausches zu begleiten und zu gestalten.

Im Sinne einer funktionierenden Gewaltenteilung benötigen die Bürger eine unabhängige und „stets wachsame Publikaive“, bestehend aus „Presse, Blogs und anderen Formen von medialer Öffentlichkeit“.<sup>50</sup>

Die PIRATEN treten auch dafür ein, den Einfluss der WählerInnen auf die Zusammensetzung der Parlamente zu erhöhen. Zu diesem Zweck fordern sie, auch für die Wahlen auf Bundes- und Landesebene die Möglichkeit zu schaffen, KandidatInnen verschiedener Parteien zu wählen (Panaschieren) und einzelne KandidatInnen durch Kumulieren zu stärken.

#### **2.5. „Freier Zugang zu Wissen für alle“**

Die Piratenpartei möchte das Urheberrecht an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen und das Verhältnis zwischen Urhebern und Verbrauchern neu definieren – zumal die freie Kopierbarkeit von digital vorliegenden Werken „ein Faktum“ sei. Dadurch soll nicht zuletzt auch der freie Austausch von Wissen gefördert werden. Im Grundsatzprogramm heißt es dazu: „Da sich die Kopierbarkeit von digital vorliegenden Werken technisch nicht sinnvoll einschränken lässt und die flächendeckende Durchsetzbarkeit von Verboten im privaten Lebensbereich als gescheitert betrachtet werden muss, sollten die Chancen der allgemeinen Verfügbarkeit von Werken erkannt und genutzt werden. Wir sind der Überzeugung, dass die nichtkommerzielle Vervielfältigung und Nutzung von Werken als natürlich betrachtet werden

---

<sup>49</sup> Siehe dazu das Parteiprogramm, das auf der Gründungsversammlung am 10. September 2006 in Berlin beschlossen und seitdem mehrfach – zuletzt auf dem Bundesparteitag am 3. und 4. Dezember 2011 in Offenbach – erweitert und verändert wurde:

[http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/c/cf/PP\\_Bund\\_Grundsatzprogramm\\_vom\\_22.\\_M%C3%A4rz\\_2012.pdf](http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/c/cf/PP_Bund_Grundsatzprogramm_vom_22._M%C3%A4rz_2012.pdf)

<sup>50</sup> Grundsatzprogramm, Seite 7.

sollte und die Interessen der meisten Urheber entgegen anders lautender Behauptungen von bestimmten Interessengruppen nicht negativ tangiert.“<sup>51</sup>

Erklärtes politisches Ziel der Partei sind „ein zunehmender Abbau von Monopolen und eine Öffnung der Märkte.“ Demgegenüber stellen Patente „als staatlich garantierte privatwirtschaftliche Monopole [...] eine künstliche Einschränkung der allgemeinen Wohlfahrt dar.“<sup>52</sup> „Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auch auf Software“ lehnen die Piraten ab, „weil sie unzumutbare und unverantwortliche Konsequenzen haben, weil sie die Entwicklung der Wissensgesellschaft behindern, weil sie gemeine Güter ohne Gegenleistung und ohne Not privatisieren und weil sie kein Erfindungspotential im ursprünglichen Sinne besitzen.“<sup>53</sup>

Die Piratenpartei fordert deshalb das nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von Werken nicht nur zu legalisieren, sondern sogar explizit zu fördern („Recht auf Privatkopien“), um die allgemeine Verfügbarkeit von Information, Wissen und Kultur zu verbessern. Gleichzeitig wird ein Ende der Kriminalisierung von Tauschbörsenorganisatoren und -nutzern gefordert.

Beim Thema „geistiges Eigentum“ nehmen die PIRATEN eine radikale Position ein: sie lehnen den Begriff als ideologisch besetzt rundweg ab: „[...] es gibt so etwas wie ‚geistiges Eigentum‘ nicht. Das ist ein Kampfbegriff der Verwertungsindustrie. Auch Künstler erschaffen ein Werk nicht einfach aus dem Nichts. Sie greifen auf den Wissens- und Kulturschatz der Allgemeinheit zu und konstruieren durch Kombination und Modifikation etwas Neues.“<sup>54</sup>

Neben dem „libertären“ Aspekt einer solchen Forderung tritt bei den PIRATEN auch ein wirtschaftsliberales Element klar zutage. Patente in ihrer bisherigen Ausformung schafften Monopole mit entsprechend negativer Wirkung auf die Märkte und dienten in erster Linie nicht mehr dem Schutz des geistigen Eigentums, sondern der Absicherung oligopoler Machtstrukturen.

## **2.6. Recht auf Teilhabe am digitalen Leben**

Jedem Mitglied der Gesellschaft ist „das Recht zur Teilhabe“ zuzusprechen. Die PIRATEN setzen sich für die Förderung von Software ein, die von allen Menschen uneingeschränkt benutzt, untersucht, verbreitet und gegebenenfalls kollektiv und demokratisch verändert und weiterentwickelt werden kann. „Wirtschaftliche Hindernisse“ dürfen den freien Zugang zur

---

<sup>51</sup> Grundsatzprogramm, Seite 9.

<sup>52</sup> Grundsatzprogramm, Seite 11.

<sup>53</sup> Grundsatzprogramm, Seite 12.

<sup>54</sup> Andreas Popp, Vorsitzender der Piraten in Bayern,

<http://www.hingesehen.net/piratenpartei-geistiges-eigentum-gibt-es-nicht/>

digitalen Kommunikation nicht behindern; deshalb „müssen die sozialen Sicherungssysteme den Erwerb und Betrieb der notwendigen Technik ermöglichen.“<sup>55</sup>

Interessant ist, dass nach Auffassung der PIRATEN die Bekämpfung der Internetkriminalität ausschließlich Aufgabe der „staatlichen Behörden“ ist und dass jede Mitverantwortung der Netzbetreiber zurückgewiesen wird. „Die Bekämpfung von Kriminalität im Internet muss dort stattfinden, wo sie am wirkungsvollsten ist: bei den Absendern und Empfängern der unzulässigen Daten. [...] Es ist nicht die Aufgabe von Zugangs Providern und Netzbetreibern, gegen Kriminalität im virtuellen öffentlichen Raum Internet vorzugehen.“ Die Provider seien ausschließlich dafür verantwortlich, „dass der ordentliche Betrieb des freien Internets gesichert und der Zugang dazu allen Mitgliedern der Gesellschaft zur Verfügung gestellt wird, nicht jedoch wofür diese ihre Netzwerke verwenden.“<sup>56</sup>

Auf der anderen Seite setzen die PIRATEN bei kinderpornographischen oder rechtsradikalen Inhalten auf den Grundsatz „Löschen statt Sperren“, da sich illegale Internet-Angebote zu meist recht einfach entfernen ließen, indem man den Provider informiere und dieser das illegale Angebot freiwillig lösche. Eine staatliche Kontrolle des Internets lehnen die PIRATEN mit dem Hinweis ab, dass dies einer Zensur gleichkäme. Dazu heißt es im Programm: „Freie Kommunikationsnetzwerke werden weltweit immer wieder von Zensurbestrebungen bedroht. Diese richten sich dabei in der Regel gegen die eigene Bevölkerung und gegen die Freiheit der eigenen Bürger. Zensur darf auch in anderen Ländern in keinem Fall von der Bundesrepublik Deutschland unterstützt werden. Die technischen Voraussetzungen dafür dürfen nicht selbst geschaffen und bei anderen nicht akzeptiert werden. Initiativen – politischer wie technischer Natur – zur Untergrabung von Filtersystemen sind im Rahmen außenpolitischer Möglichkeiten zu unterstützen.“<sup>57</sup>

## **2.7. Stärkung der Bürgerrechte**

Die Piratenparteien setzen sich für die Verteidigung und für die Stärkung der Bürgerrechte ein, die nach ihrer Ansicht in den letzten Jahren zunehmend eingeschränkt wurden. Vor allem die Privatsphäre der BürgerInnen müsse frei von Überwachung bleiben. Ein besonderer Kritikpunkt der PIRATEN ist deshalb die Vorratsdatenspeicherung. Aus den gleichen Gründen lehnen die PIRATEN Rasterfahndungen und Lauschangriff generell ab. Auch die Einführung biometrischer Pässe oder der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) wird von den deutschen PIRATEN kritisch gesehen. Weiters soll der Ausbau der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen gestoppt werden, da auch er die Privatsphäre des Einzelnen verletze

---

<sup>55</sup> Grundsatzprogramm, Seite 15.

<sup>56</sup> Grundsatzprogramm, Seite 16f.

<sup>57</sup> Grundsatzprogramm, Seite 18.

und darüber hinaus nur eine trügerische Sicherheit vermitteln: „Speziell eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten widerspricht nicht nur der Unschuldsumutung, sondern auch allen Prinzipien einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft. Der vorherrschende Kontrollwahn stellt eine weitaus ernsthaftere Bedrohung unserer Gesellschaft dar als der internationale Terrorismus und erzeugt ein Klima des Misstrauens und der Angst. Flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Räume, fragwürdige Rasterfahndungen, zentrale Datenbanken mit unbewiesenen Verdächtigungen sind Mittel, deren Einsatz wir ablehnen.“<sup>58</sup>

## 2.8. Transparenz des Staatswesens

Nach Ansicht der PIRATEN führe eine stärkere Transparenz auf allen politischen, aber auch betrieblichen Ebenen zu weniger Korruption. Im Sinne der Informationsfreiheit sollten alle BürgerInnen „unabhängig von der Betroffenheit und ohne den Zwang zur Begründung“ das Recht erhalten, auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung Einsicht in die Aktenvorgänge zu nehmen und sich auf diese Weise über deren Tätigkeiten zu informieren. Ausnahmen davon würden nur da befürwortet, wo die Persönlichkeitsrechte anderer Bürger betroffen seien bzw. wo es um Fragen der nationalen Sicherheit, um die Verhinderung von Straftaten und ähnlichem gehe. Alle öffentlichen Stellen sollen darüber hinaus verpflichtet werden, regelmäßig Organisations- und Aufgabenbeschreibungen und einen jährlichen öffentlichen Bericht über die Handhabung des Auskunftsrechts zu veröffentlichen.<sup>59</sup>

Erstaunlich ist, dass die technikaffinen PIRATEN bei der Frage von Abstimmungen und Wahlen mit Hilfe elektronischer oder rechnergesteuerter Wahlgeräte überaus konservativ argumentieren. Wahlcomputer sollten ihrer Ansicht nach verboten werden, da die Bedenken bezüglich möglicher Manipulationen nicht ausgeräumt worden seien. Außerdem würden Wahlen durch den Einsatz von Wahlcomputern ihre Transparenz verlieren.<sup>60</sup> Gar nichts von Transparenz hält man bei den PIRATEN offenbar im Fall der sogenannten *Whistleblower* – Personen, die Missstände und illegales Handeln, wie beispielsweise Korruption, Insiderhandel oder allgemeine Gefahren, an die Öffentlichkeit bringen. *Whistleblowing* sei „eine Form der Zivilcourage [...], die unbedingt unterstützt und [gesetzlich, Anm. des Verfassers] geschützt werden muss.“<sup>61</sup>

---

<sup>58</sup> Grundsatzprogramm, Seite 19f.

<sup>59</sup> Grundsatzprogramm, Seite 21f.

<sup>60</sup> [http://wiki.piratenpartei.de/Warum\\_wir\\_Wahlcomputern\\_nicht\\_vertrauen](http://wiki.piratenpartei.de/Warum_wir_Wahlcomputern_nicht_vertrauen)

<sup>61</sup> Grundsatzprogramm, Seite 47.

## **2.9. Freier Zugang zu Bildung und Wissenschaft**

Eine Hauptforderung der Piratenpartei besteht in einem freien und kostenlosen Zugang aller Menschen zu Information und Bildung. Diese Forderung umfasst sämtliche Bildungseinrichtungen, angefangen von der frühkindlichen Bildung in Kindergärten, aber auch die Forderung nach umfassender Lernmittelfreiheit in den Schulen und die grundsätzliche Ablehnung von Studiengebühren.<sup>62</sup> Um möglichst die gesamte Bevölkerung am Wissens- und Technologiefortschritt der Gesellschaft teilhaben zu lassen, fordern die PIRATEN den Ausbau einer leistungsfähigen Internetinfrastruktur.

Die Piratenpartei fordert weiters eine Demokratisierung des Bildungssystems sowie seine Ausrichtung auf eine Unterstützung und Förderung der individuellen Begabungen. Ziel der institutionellen Bildung sei die Unterstützung des Einzelnen „bei der Entwicklung zur mündigen, kritischen und sozialen Person“. Allerdings, so die PIRATEN, solle die Erziehung in staatlichen (oder staatlich geförderten privaten) Bildungseinrichtungen die elterliche Erziehung nicht ersetzen. Vielmehr sollten sich beide Formen der Erziehung fördern und ergänzen.<sup>63</sup>

Eine an Lernzielen statt an Lernplänen orientierte neue Bildungspolitik müsse laut Meinung der Piraten auch eine Ausbildung in Medienkompetenz umfassen.

Im Bereich der wissenschaftlichen Lehre und Forschung fordert die Piratenpartei einen allgemeinen und kostenfreien Zugang zu den durch Steuergelder finanzierten Ergebnissen von Forschung und Entwicklung. Nur dadurch könnten alle Bürger am wissenschaftlichen Fortschritt teilhaben.

## **2.10. Sozial- und Umwelt- und Gesundheitspolitik**

Die Piratenpartei setzt sich für soziale Modelle ein, die allen Mitgliedern der Gesellschaft eine sichere Existenz und die uneingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe garantieren. Im Rahmen einer einkommensbasierten Geldwirtschaft sei dieses Ziel nur durch ein garantiertes Grundeinkommen zu erreichen. Dieses wird – in Analogie zur staatlich garantierten öffentlichen Sicherheit, zur Verkehrsinfrastruktur und zum Bildungssystem – als „Teil der Infrastruktur“<sup>64</sup> gesehen. Gleichzeitig aber gelte es, die wirtschaftliche Freiheit zu erhalten und zu ermöglichen. „Wir wollen Armut verhindern, nicht Reichtum.“<sup>65</sup>

---

<sup>62</sup> Grundsatzprogramm, Seite 27. „Bildungsgebühren jeglicher Art schränken den Zugang zu Bildung ein und sind deshalb kategorisch abzulehnen.“

<sup>63</sup> Grundsatzprogramm, Seite 27.

<sup>64</sup> Grundsatzprogramm, Seite 31.

<sup>65</sup> Grundsatzprogramm, Seite 32.

Die PIRATEN fordern die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen werden abgelehnt. Auch solle die eingetragene Partnerschaft der Ehe rechtlich gesehen vollkommen gleichgestellt werden. „Jeder Mensch muss sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und die von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können.“<sup>66</sup> Deshalb müssten Konzepte zur Erweiterung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu einer eingetragenen Lebensgemeinschaft „auch von mehr als zwei Personen“ (!) erarbeitet und verwirklicht werden.<sup>67</sup>

Im Bereich der Umweltpolitik setzt sich die Piratenpartei für den Ausbau der erneuerbaren Energien und eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Politik ein.<sup>68</sup> Die Atomenergie wird im Grundsatzprogramm zwar nicht erwähnt, in einem Positionspapier zum Thema Atomausstieg heißt es allerdings unmissverständlich: „Die Piratenpartei Deutschland lehnt die Stromerzeugung durch Kernspaltung ab.“<sup>69</sup>

Die Piratenpartei sieht die in erster Linie auf Repression ausgerichtete deutsche Drogenpolitik als gescheitert an. An ihre Stelle soll eine neue, repressionsfreie Suchtpolitik treten, die mit den Schlagworten „ideologiefreie Aufklärung“, „Eigenverantwortung und Genusskultur“, „Hilfe für Risikokonsumenten“ und dem „Schutz von Nichtkonsumierenden“, umrissen wird.<sup>70</sup>

## 2.11. Vielfalt

Die Piratenpartei sieht „die Vielfalt, die auch durch das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft entsteht, als Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens an.“<sup>71</sup> Die Europäische Union sei auf dem Weg „zu einer vollständigen Wohnsitz-Freizügigkeit“. Dem müssten auch die sozialen Sicherungssysteme Rechnung tragen.

Die Piratenpartei wendet sich gegen „Rassismus und kulturell begründete Diskriminierung“, gegen „biologistische Weltbilder, in denen Menschen bestimmter Abstammung anderen als von Natur aus überlegen angesehen werden“ und gegen „jene Ideologien, die ganzen Bevölkerungsgruppen kollektive Hegemoniebestrebungen unterstellen, um die angebliche Notwendigkeit eines ‚Kampf[es] der Kulturen‘ zu propagieren.“<sup>72</sup> Beispiele für derartige Ideolo-

---

<sup>66</sup> Grundsatzprogramm, Seite 33.

<sup>67</sup> Grundsatzprogramm, Seite 34.

<sup>68</sup> Grundsatzprogramm, Seite 37.

<sup>69</sup> [http://wiki.piratenpartei.de/Atomausstieg/Sicherheit\\_kerntechnischer\\_Anlagen](http://wiki.piratenpartei.de/Atomausstieg/Sicherheit_kerntechnischer_Anlagen)

Weitere Positionspapiere zu unterschiedlichen Themen finden sich unter:

<http://wiki.piratenpartei.de/Positionspapiere>.

<sup>70</sup> Grundsatzprogramm, Seite 43ff.

<sup>71</sup> Grundsatzprogramm, Seite 39.

<sup>72</sup> Grundsatzprogramm, Seite 41.

gien seien Antisemitismus und Islamhass. Europa brauche wirtschaftliche Migration. Außerdem treten die PIRATEN für die strikte Trennung von Staat und Religionen ein.

### 3. Ideologische Positionierung der Piraten

Wie die vorangegangene Übersicht zeigt, kombinieren die Piratenparteien auf sehr freie Weise Standpunkte unterschiedlichster politischer Richtungen, insbesondere eine Bürgerrechts- und – soweit vorhanden! – eine Wirtschaftspolitik, die üblicherweise der (liberalen) politischen Mitte entspricht, mit einer Sozial- und Gesellschaftspolitik, die durchaus als sozialliberal bis radikalliberal („libertär“) bezeichnet werden könnte, wobei etliche Positionen sich v.a. mit jenen der Grünen decken. Viele politische Fragen bleiben dabei vorläufig unbeantwortet bzw. müssen die inhaltlichen Positionen dazu erst Zug um Zug in komplizierten Meinungsbildungsverfahren erarbeitet werden.

Eine Einordnung der Partei als ganzes in eine bestimmte politische Richtung lehnen die meisten Piraten daher ab und bezeichnen sich selbst als „sozialliberale Bürgerrechtspartei.“<sup>73</sup>

#### 3.1. Verhältnis der Piraten zu den „etablierten Parteien“

Über das Verhältnis der deutschen Piratenpartei zu ihren politischen Mitbewerbern lassen sich noch keine klaren Aussagen treffen. Inhaltliche Überschneidungen gibt es mit den unterschiedlichsten etablierten Parteien, konkrete Zusammenarbeit oder gar Koalitionen bis dato kaum – außer auf kommunaler Ebene. So etwa bestehen in Wiesbaden und in Bremerhaven Fraktionsgemeinschaften mit der *Linken*<sup>74</sup>, in der Bezirksversammlung in Hamburg-Bergedorf eine Fraktionsgemeinschaft mit der FDP<sup>75</sup> und auf europäischer Ebene wurde, wie bereits w.o. erwähnt, der schwedische Pirat Christian Engström nach seinem Einzug in das Europaparlament von der Fraktion *Die Grünen / Europäische Freie Allianz* aufgenommen.

Mit der Partei *Die Linke* gibt es im thematischen Kernbereich erstaunlich viele Überschneidungen, allerdings wollen die meisten Piraten davon nichts wissen – gilt *Die Linke* vielen doch „als Überbleibsel aus einer Zeit [...], als es noch zwei Deutschlands gab, dafür aber kein Internet.“<sup>76</sup>

---

<sup>73</sup> Siehe dazu den „Piratenkompass“ <http://adrianlang.de/piratenkompass/> und die Pressekonferenz mit Sebastian Nerz (Bundesvorsitzender der Piratenpartei), Marina Weisband (Geschäftsführerin) und Andreas Baum (Fraktionsvorsitzender der Piratenpartei im Berliner Abgeordnetenhaus), <http://www.youtube.com/watch?v=YzqBIWuE4h4#t=4m8s>.

<sup>74</sup> [http://www.piratenpartei-hessen.de/content/fraktionen-und-mandate-hessen#Wiesbaden](http://www.piratenpartei-hessen.de/content/fraktionen-und-mandate-hessen#Wiesbaden;);  
<http://www.piraten-bremerhaven.de/700/piratenpartei-bremerhaven-adden-rrp-und-die-linke/>

<sup>75</sup> <http://jan-penz.de/fraktionsgemeinschaft-fdppiraten-gegrundet/>

<sup>76</sup> Bartels, 2009:198.

Lange Zeit waren *Die Grünen* die einzige unter den „etablierten Parteien“, die der „Netzpoltik“ in ihrem Grundsatzprogramm ein eigenes Kapitel gewidmet hatten.<sup>77</sup> Vieles davon ist mit den Positionen der Piratenpartei ident und ganz allgemein sind die inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen den beiden Parteien hoch. Die meisten Grünen geben sich deshalb betont piratenfreundlich – entsprechend allerdings „ist der Ton der PIRATEN gegenüber den Grünen etwas schärfer, da jede Möglichkeit zur Profilierung durch Betonung der Unterschiede vom Neuling genutzt werden muss.“<sup>78</sup>

Am schwierigsten auszuloten ist das Verhältnis zur SPD, gibt es neben inhaltlichen Übereinstimmungen doch starke Vorbehalte gegen die linke Volkspartei, weil diese für die Umsetzung vieler „bürgerrechtseinschränkender Gesetze“ mitverantwortlich gemacht wird.

Gemeinsamkeiten zwischen PIRATEN und FDP sind durchaus vorhanden – allerdings hält sich „die überwiegende Mehrheit der PIRATEN [...] selbst für die wahre liberale Kraft“. Der FDP, die für viele PIRATEN ausschließlich für Wirtschaftsliberalismus steht, wird das Attribut „liberal“ deshalb verweigert.<sup>79</sup>

Die CDU hingegen steht mit ihrem Programm und ihren Aussagen absolut konträr zur Piratenpartei. Sie ist, wie Henning Bartels richtig feststellt, „die einzige der etablierten Parteien, die sich nicht davor fürchten braucht, einen nennenswerten Teil ihrer Wähler an die PIRATEN zu verlieren.“<sup>80</sup>

Zolleis, Prokopf und Strauch stellen in ihrer Studie über die Piraten abschließend fest: „Vor allem mit *Bündnis 90 / Die Grünen* und mit der Linkspartei, aber teils auch mit der FDP bestehen Gemeinsamkeiten.“<sup>81</sup> Tobias Neumann hingegen möchte sich und die Piraten nicht festgelegt wissen: „Was die politische Strömung angeht, der die Piratenpartei am ehesten zuzuordnen ist, so sind sich die Mitglieder zwar nicht einig, aber dennoch entfallen zwei Drittel der Nennungen auf den Liberalismus. Im politischen Spektrum drückt sich dies dann in einer Links-Mitte-Kombination aus, wobei in etwa doppelt so viele Nennungen auf *Links* entfielen als auf *Mitte*. Knapp über 50 Prozent sind aber der Überzeugung, dass sich die Piratenpartei nicht in das politische Spektrum einordnen lässt.“<sup>82</sup>

Auf Österreich ist diese Analyse allerdings nicht eins zu eins übertragbar. Für SPÖ und ÖVP, aber auch für die stark auf Protestwählerstimmen abzielende FPÖ scheint die von den Piraten ausgehende „Gefahr“ gering zu sein – v.a. auch angesichts des Antretens der unterneh-

---

<sup>77</sup> <http://www.gruene.de/themen/buergerrechte-demokratie/buergerrechte-und-datenschutz.html>

Mittlerweile beschäftigen sich auch in anderen Parteien „Experten“- und „Arbeitskreise“ mit dem Thema.

<sup>78</sup> Bartels, 2009:213.

<sup>79</sup> Bartels, 2009:218.

<sup>80</sup> Bartels, 2009:193.

<sup>81</sup> Zolleis et al., *Die Piratenpartei*, 2010:15.

<sup>82</sup> Neumann, *Die Piratenpartei Deutschland*, 2011:205.

menspopulistischen Stronach-Partei. Von programmatischer Seite – soweit bereits vorhanden! –, aber auch vom jugendlich-alternativen Habitus her werden die Piraten wohl am ehesten den Grünen Stimmen streitig machen. Darüber hinaus aber könnten die Piraten politisch interessierte JungwählerInnen ansprechen, die sich bisher von keiner der etablierten Parteien vertreten fühlten und die den letzten Wahlgängen deshalb fern geblieben sind. Aktuelle Umfragen (im Oktober 2012) geben den Piraten nur 2%, womit sie den Einzug in den österreichischen Nationalrat klar verpassen würden.

### 3.2. Von Rechten unterwandert?

Ein heikles Kapitel ist der Umgang der deutschen Piratenpartei mit der rechten Szene. Der innerhalb der Partei bereits seit 2009 schwelende Streit um das Verhältnis der PIRATEN zu rechtsextremen Parteien, rechtsgerichteten Medien und einzelnen rechtsstehenden Mitgliedern entzündete sich zu Beginn nur an einigen wenigen konkreten Fällen<sup>83</sup>, mittlerweile aber ist daraus eine grundsätzliche Diskussion über die richtige Balance zwischen einer scharfen Abgrenzung vom Rechtsextremismus auf der einen Seite und dem Recht auf Meinungsfreiheit auf der anderen geworden.

Am bekanntesten wurde die „Causa BT“.<sup>84</sup> Bodo Thiesen war seit September 2007 stellvertretender Schatzmeister und von Juli 2009 bis zu seinem „Rücktritt aus persönlichen Gründen“ im März 2010 Ersatzmitglied des Bundesschiedsgerichts der Piratenpartei.

Nachdem Thiesen mehrfach im Zusammenhang mit geschichtsrevisionistischen und relativierenden Äußerungen zum Holocaust aufgefallen war, wurde er im März 2010 vom Bundesvorstand seines Amtes enthoben. Das zuständige Parteischiedsgericht von Rheinland-Pfalz leitete darüber hinaus ein Parteiausschlussverfahren gegen Thiesen ein. Dieses scheiterte letztendlich vor dem Bundesschiedsgericht der Partei, das am 16. April 2012 entschied, dass ein Ausschluss Thiesens nicht möglich sei, weil gegen ihn in derselben Angelegenheit bereits einmal eine Ordnungsmaßnahme erlassen worden sei und eine erneute Ahndung mit einem Ausschluss deshalb nicht in Betracht komme. Außerdem urteilte das Parteigericht, dass Thiesens Äußerungen als von der grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit gedeckt anzusehen seien.<sup>85</sup>

Der damalige Bundesvorsitzende Sebastian Nerz bezeichnete dieses Urteil als einen bedauerlichen „Formfehler“. Künftig werde gegen solche und ähnliche Vorfälle scharf vorgegangen – schließlich habe Rassismus in der Piratenpartei keinen Platz. Die Affäre Thiesen löste im

---

<sup>83</sup> Siehe FAZ, 14.10.2011: <http://www.faz.net/aktuell/politik/piratenpartei-npd-mitgliedschaft-als-jugendsuende-11493124.html>

<sup>84</sup> Zur genauen Chronologie der Ereignisse siehe: <http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:HeptaSean/BT-Chronologie#2004-07-15: Wikipedia-L.C3.B6sdiskussion>

<sup>85</sup> Das Urteil findet sich auf: [http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/3/31/BSG\\_2011-12-16.pdf](http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/3/31/BSG_2011-12-16.pdf)

Frühjahr 2012 innerhalb und außerhalb der Partei eine breite Diskussion über den Umgang der PIRATEN mit dem Rechtsextremismus aus.<sup>86</sup>

Für einige Polemik sorgte auch ein Interview, das der damalige stellvertretende Bundesvorsitzende Andreas Popp der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, dem Sprachrohr der „Neuen Rechten“ in Deutschland, gegeben hatte. Popp rechtfertigte sich damit, dass ihm das Blatt und seine Ausrichtung nicht bekannt gewesen seien. Noch peinlicher fiel freilich die Stellungnahme der Pressestelle der Piratenpartei aus, die auf Nachfrage des *Spiegel* erklärte, man habe zwar beschlossen, der *Jungen Freiheit* keine Interviews mehr zu geben – obwohl „das Magazin [...] ja nur rechtskonservativ [sei], daran könne man nichts Schlimmes finden.“<sup>87</sup>

Höchst umstritten ist auch der Umgang der Parteispitze mit ehemaligen NPD-Mitgliedern, nachdem zwei solche Fälle ruchbar geworden waren. Während der damalige Bundesvorsitzende Nerz dafür plädierte, NPD-Mitgliedschaften als bloße „Jugendsünde“ zu verzeihen, forderte sein Stellvertreter Bernd Schlömer ein generelles Aufnahmeverbot für ehemalige Mitglieder der NPD.<sup>88</sup>

Am 28. April 2012 stellte der Bundesparteitag der Piraten jedenfalls abschließend fest: „Der Holocaust ist unbestreitbarer Teil der Geschichte. Ihn unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit zu leugnen oder zu relativieren, widerspricht den Grundsätzen der Partei.“<sup>89</sup>

### 3.3. Die Piraten und *Anonymous*

*Anonymous* ist keine Organisation im herkömmlichen Sinn, sondern eine weltweit verbreitete Bewegung verschiedenster Gruppen und Einzelpersonen, die – alleine oder in Abstimmung mit anderen – unter diesem Label Protestaktionen und Hackerangriffe durchführen. „Jeder, der will, kann Anonymous sein“, so lautet das Motto der Netzaktivisten, die seit einigen Jahren zunehmend politisch agieren und mit Protestaktionen für die Redefreiheit und die Unabhängigkeit des Internets sowie gegen das Urheberrecht, staatliche Behörden und internationale Konzerne, aber auch gegen Organisationen wie *Scientology* mobil machen. *Anonymous*

---

<sup>86</sup> Siehe *FAZ*, 14.4.2012: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/antisemitismus-unter-piraten-relativ-rechts-11717768.html> und *FAZ*, 17.4.2012: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/aeusserungen-zum-holocaust-umstrittener-pirat-bleibt-mitglied-11720984.html>

<sup>87</sup> <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/umstrittene-interviews-junge-freiheit-kapert-piratenpartei-a-649770.html>

<sup>88</sup> *Die Welt*, 13.10.2011, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13659394/Jugendliche-Naivitaet-muss-man-auch-verzeihen.html> ;

*Die Welt*, 14.10.2011, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13661428/Das-Wort-Jugendsuenden-ist-falsch-gewaehlt.html>

*taz*, 16.10.2011, <http://taz.de/Ex-Neonazis-bei-der-Piratenpartei!/80040/>

<sup>89</sup> <http://www.badische-zeitung.de/nachrichten/deutschland/der-preis-des-erfolges--58898403.html>

basiert auf der kollektiven Kraft seiner individuellen Teilnehmer und besitzt keine organisatorischen Strukturen, keine Hierarchien, aber auch keine kontrollierenden Instanzen.

In einem Interview mit *futurezone.at* erklärt der schwedische Gründer der Piratenbewegung Rick Falkvinge auf die Frage, wie die Piratenpartei zu *Anonymous* stehe: „Jede neue politische Bewegung, etwa die Arbeiterbewegung, hatte ihre Aktivisten, die das Gesetz brechen und denen vorgeworfen wurde, die Grenze zum Terrorismus überschritten zu haben. Die Grünen-Bewegung wurde von Saboteuren unterstützt, die sich später als Greenpeace formierten. Mit *Anonymous* heute ist das ähnlich: Die Piratenparteien und die Hacktivisten haben ähnliche Ziele und Ideale, aber andere Wege dorthin.“<sup>90</sup>

Ganz so einfach gestaltet sich das Verhältnis von Piraten und *Anonymous* allerdings nicht immer. Im Sommer 2012 eskalierte ein Streit zwischen dem politischen Geschäftsführer der PIRATEN Johannes Ponader und der *Anonymous*-Gemeinde auf Facebook. Ponader, der wegen seines zeitaufwendigen politischen Engagements seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II (Hartz IV) verloren hatte, wollte mit Unterstützung der Partei per Crowdfunding<sup>91</sup> ein Sockeleinkommen von 1.000 Euro monatlich beziehen – während alle übrigen Vorstandsmitglieder unentgeltlich arbeiteten.

Im *Facebook-Account* heißt es dazu in Namen von *Anonymous*: „Mit diesem Spendenaufruf habt ihr euch endgültig selbst ins politische Abseits geschossen. Wie kann man jemanden, der erfolgreich das Studium der Pädagogik und der Theaterwissenschaften abgeschlossen hat, aber aus purer Bequemlichkeit nicht gewillt ist, arbeiten zu gehen, als politischen Geschäftsführer [...] mit einer derart lächerlichen Aktion auch noch im Amt halten? [...] So leid es uns tut, aber solange Ponader noch im Amt ist und weiterhin Narrenfreiheit genießt, werden wir unseren Support für die Piratenpartei in Deutschland einstellen.“

Die Piratenpartei antwortete daraufhin auf *Facebook*: „Liebes *Anonymous*-Kollektiv: [...] Failed die Piratenpartei mit ihren Grundsätzen, fallen höchstwahrscheinlich auch eure Masken! Welche andere Partei vertritt denn sonst überzeugend ein Recht auf anonyme Kommunikation gegen diesen verdammten Überwachungswahn?“<sup>92</sup>

---

<sup>90</sup> <http://futurezone.at/netzpolitik/9446-piraten-gruender-aehnliche-ziele-wie-anonymous.php>

<sup>91</sup> Mit *Crowdfunding* wird eine Finanzierungsform bezeichnet, bei der Projekte, Produkte oder anderes mehr durch stille Beteiligung zahlreicher einzelner Geldgeber mit Kapital versorgt werden. Meist bedient sich *Crowdfunding* des Internets.

<sup>92</sup> <http://www.golem.de/news/crowdfunding-plaene-anonymous-will-piratenpartei-nicht-mehr-unterstuetzen-1208-93972.html>

### 3.4. Anhänger- und Wählerschaft

„Die Piratenpartei ist die Partei der jungen Generation, häufig junger Männer“, stellte Fabian Blumberg noch Anfang 2010 fest.<sup>93</sup> Mittlerweile stimmt diese Aussage nicht mehr. Die Wählerschaft der Piratenpartei rekrutiert sich aus allen Altersgruppen – wobei die über 60-Jährigen stark unterrepräsentiert sind – und aus fast allen Schichten der Bevölkerung. „Arbeiter, Angestellte und Selbständige zeigen wie Schüler und Studenten Sympathien für die Piraten. Beamte hingegen, die überproportional den Grünen zuneigen, sind unter den Anhängern der Piraten kaum zu finden“, stellt der Geschäftsführer des *Forsa*-Instituts, Manfred Güllner fest.<sup>94</sup> Und: „Die heutigen Anhänger der Piraten kommen aus dem Lager der Nichtwähler, aber auch aus dem Lager aller anderen Parteien. Sie entstammen in ihrer großen Mehrheit weder dem westdeutschen grünen Milieu, noch haben sie bislang grün gewählt. Dennoch dürften sie der grünen Bewegung mehr schaden als den anderen Parteien. Zum einen sind sie für die jungen Wähler, die bisher mangels Alternativen die Grünen noch überdurchschnittlich häufig wählten, attraktiver. Zum anderen sind sie aber auch für jene attraktiver als die Grünen, die bislang aus Verzweiflung über den Zustand der bürgerlichen Parteien und der SPD erwogen, den Grünen trotz vielfältiger Vorbehalte ihre Stimme zu geben. Vielen dieser temporären „Neu-Grünen“, denen die grüne Bewegung an sich zu dogmatisch, zu anmaßend, zu arrogant, zu verbiestert schien, bieten nun die Piraten mit ihrer erfrischenden undogmatischen Art, Politik betreiben zu wollen, eine Alternative. Die Piraten scheinen diese „Neu-Grünen“ aufzusaugen und die grüne Partei auf ihre Kernwählerschaft der „Alt-Grünen“ zurückzustutzen.“

Auch wenn diese Analyse übertrieben optimistisch klingen mag, so verwundert es doch nicht, dass sich gerade die deutschen PIRATEN – lange vor den übrigen Piratenparteien – anschickten, so etwas wie ein „Vollprogramm“ zu entwickeln. Denn, so Bartels, die Partei der Piraten möchte, „den Eindruck verwischen, dass ihre einseitige Ausrichtung sie auf anderen politischen Gebieten sprachlos mache, um die Partei somit auch für Wähler, die einen anderen Anspruch an Parteien haben, wählbar zu machen.“<sup>95</sup>

Oft wurde auch der geringe Frauenanteil bei den Anhängern und Aktivisten der Piraten moniert. Obwohl es dazu keine offiziellen Zahlen gibt, lässt die geringe Zahl weiblicher Kandidatinnen bei den bisherigen Wahlen durchaus Rückschlüsse in diese Richtung zu. Dem entsprechen auch die Ergebnisse von Wahlanalysen, denen zufolge der Anteil männlicher Piraten-Wähler zwei bis dreimal so hoch ist wie jener der weiblichen Wählerinnen.<sup>96</sup>

---

<sup>93</sup> Blumberg, Partei der „digital natives“?, 2010:5.

<sup>94</sup> Manfred Güllner, Wer sind die Piratenwähler? *Cicero*, 27. Oktober 2011.

<sup>95</sup> Bartels, 2009:225.

<sup>96</sup> Blumberg, 2010:16.

#### 4. Die Piraten – „Feuer am Dach“ oder bloß ein politisches Strohfeuer?

Die ehemals von zwei Großparteien dominierten Parteiensysteme Deutschlands und Österreichs zeigen bereits seit längerem deutliche Pluralisierungstendenzen – profitiert haben davon bis dato v.a. die Grünen und die Rechtspopulisten. Wie Fabian Blumberg richtig feststellte, sind in den letzten Jahren allerdings weitere „Integrations- und Repräsentationslücken entstanden – so auch bei Internetthemen.“<sup>97</sup> Daher, so Robin Meyer-Lucht, Herausgeber des mit dem Grimme-Preis ausgezeichneten Blog *Carta*, werde das „klassische Parteiensystem im Internet gerade abgewählt. Die Parteien haben es nur noch nicht gemerkt.“<sup>98</sup> Feuer am Dach der etablierten Parteien also?

Die Einschätzungen über die politische Zukunft der Piratenbewegung gehen derzeit weit auseinander. Der Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann etwa meinte in einem Interview mit der *ARD* bereits im September 2009: „Ich denke, wir werden noch von dieser Bewegung und damit auch von dieser Partei hören, sie wird gegenwärtig unterschätzt.“<sup>99</sup>

Die Entwicklungen zu Beginn des Jahres 2012 schienen ihm jedenfalls recht zu geben. Vieles wurde in diesen Tagen und Wochen über die Piraten gesagt und geschrieben. Etwa darüber, dass die Piraten neue Themen aufgriffen und sie aus dem Blickwinkel der digitalen Revolution bewerteten und begründeten. Oder über die Art und Weise, wie die Piraten ihr innerparteiliches Leben überwiegend in der digitalen Welt organisierten und damit ein ganz neues Partizipationsverständnis und eine andere Auffassung von Mitgliedschaft entwickelten. Ein Zukunftsmodell also...

Auch Tobias Neumann kommt in seiner empirischen Insider-Studie über die deutsche Piratenpartei zu dem Schluss: „Das Selbstverständnis der Piratenpartei eine *Mitmachpartei* zu sein, kann ich also bestätigen“. Das „umfangreiche Partizipationsangebot der Partei“ mache wohl einen großen Teil ihres politischen Appeals aus, v.a. weil die Piratenpartei es damit geschafft habe, „viele Menschen politisch zu aktivieren, die möglicherweise vorher keine politische Heimat für sich finden konnten“.<sup>100</sup> Zwei Drittel der Mitglieder der Piratenpartei präferierten nach Neumanns Untersuchung einen Ausbau der plebiszitären Demokratie und seien davon überzeugt, „dass eine Stärkung direkter Demokratie das Vertrauen in das politische System in Deutschland wieder herstellen bzw. verbessern kann.“<sup>101</sup>

---

<sup>97</sup> Blumberg, 2010:25f.

<sup>98</sup> Zitiert nach Alexander Missal, Zwischen Design und Dialog: Politik im Internet, dpa-Meldung vom 20.07.2009.

<sup>99</sup> <http://www.ard.de/kultur/sonstiges/politikverdrossenheit-der-jugend/-/id=171948/nid=171948/did=1196778/y0h6y/index.html>

<sup>100</sup> Neumann, 2011:198f.

<sup>101</sup> Neumann, 2011:204.

Nach Meinung vieler Beobachter geht das Protestpotenzial der Piraten weit über den Bereich der Nutzung digitaler Medien hinaus. Die WählerInnen der Piraten protestieren mit ihrer Stimme auch gegen Gepflogenheiten im Bereich der Inneren Sicherheit, der demokratischen Repräsentation, der Bildungs- und der Drogenpolitik. „Die Piratenpartei ist [...] kein Gag der digitalen Wahlkampfkommunikation, sondern Ausdruck eines nicht unerheblichen Problems der deutschen Parteiendemokratie. Seit Jahren nimmt die Fähigkeit zur Responsivität der deutschen Parteien ab. Neben der schwindenden Parteienbindung ist diese Schwäche die größte Ursache ihrer zunehmenden Verwundbarkeit, und das nicht nur – wie das Abschneiden der Piratenpartei bei der vergangenen Bundestagswahl gezeigt hat – bei nachgelagerten Wahlen mit einer relativ geringen Wahlbeteiligung.“<sup>102</sup>

Es mangelt allerdings auch nicht an skeptischen und warnenden Stimmen. Bereits 2006 konstatierten Uwe Jun und Henry Kreikenbom in ihrer Untersuchung über neue Themenparteien: „Will eine Kleinpartei mehr als die Funktion ‚eines Auffangbeckens der ewig Unzufriedenen‘ (van den Boom 1999:264) wahrnehmen und politische Ideen und Innovationen nicht nur entwickeln, sondern auch durchsetzen, wird ihr das nicht als reine Protest- oder Ein-Themen-Partei gelingen, sondern nur als etablierter Teil des Parteiensystems.“<sup>103</sup>

„Ein Haufen unzufriedener Menschen ist aber noch keine Partei“ wusste bereits der Gründer der österreichischen Sozialdemokratie Victor Adler. Der Mangel an Strukturen wirkt sich, wie auch die letzten Monate gezeigt haben, negativ auf die Konsolidierung der Piratenpartei aus. Was Marie K. Wagner bereits Ende 2009 feststellte, hat bis heute nichts von seiner Gültigkeit verloren: „Einige der unhierarchischen Strukturen, die für viele Piraten-Wähler mindestens so wichtig gewesen sein dürften wie deren Inhalte, werden der Partei langsam zum Hindernis. Etwa das Abstimmungsverhalten: Es gibt kein Delegiertensystem, weil jeder Einzelne abstimmen können soll. [...] Auch die innerparteiliche Kommunikation funktioniert nicht mehr richtig. Ortsverbände und „Crews“ schießen wie Pilze aus dem Boden, und obwohl man dieser Partei nun wirklich keinen Mangel an Medienkompetenz unterstellen will, weiß die eine ‚Crew‘ oft nicht, was die andere tut.“<sup>104</sup>

Auch Udo Zolleis, Simon Prokopf und Fabian Strauch kommen in ihrer Analyse zu ähnlichen Schlüssen: „Ihre mangelnde Strategiefähigkeit, ihre ungelösten Strukturfragen und ihre Schwäche, zu verbindlichen Entscheidungen zu gelangen, zeigen, dass sie noch eine schwierige Konsolidierungsphase durchlaufen muss. Hier kann die Partei existenziell durchaus noch scheitern.“<sup>105</sup>

---

<sup>102</sup> Zolleis et al., 2010:30.

<sup>103</sup> Uwe Jun und Henry Kreikenbom, Nicht nur im Schatten der Macht. Zur Situation kleiner Parteien im deutschen Parteiensystem, in: Uwe Jun, Henry Kreikenbom, Viola Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt a. M. 2006:26.

<sup>104</sup> Wagner, 2009.

<sup>105</sup> Zolleis et al., 2010:32.

Nicht zuletzt bremst auch der Parteienforscher Oskar Niedermayer die Euphorie mancher seiner Kollegen. „Die großen Parteien krallen sich das Thema Internet jetzt. Deshalb sind Splitterparteien auf Dauer nicht erfolgreich“<sup>106</sup> – v.a. nicht jene sogenannten *Single-Issue*-Parteien, die nur zu einem bestimmten Thema Positionen entwickeln, wie zum Beispiel die Tierschutzpartei, die Familienpartei – oder eben die Piratenpartei.

Robert Treichler, Redakteur des österreichischen Wochenmagazins *profil*, wirft den Piratenparteien vor, dass sie mit ihrer Beute, den „geraubten Stimmen“, so gar nichts anzufangen wussten. In seinem Abgesang auf die Piratenbewegung schreibt er: „Das Phänomen der Piratenparteien verschwindet so rasch, wie es aufgetaucht ist. [...] Das Bedürfnis nach einer neuen, andersartigen und vor allem anders funktionierenden Bewegung war da. [...] Die Piraten jedoch klebten an ihrer Forderung nach Legalisierung von nicht kommerziellem Filesharing und einer radikalen Reform des Urheberrechts und blieben eine One-Issue-Gruppierung mit ein paar skurrilen Zusatz-Apps [...].“ Und Treichler resümiert: „Sie werden eine Lücke hinterlassen, die sie selbst nie zu füllen imstande waren: den Wunsch nach einer neuen politischen Kraft, die das Leben in der digitalen Welt ebenso versteht und ernst nimmt wie das reale Dasein.“<sup>107</sup>

Sollte die Piratenbewegung scheitern, was angesichts der immer drängenderen Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa einerseits und ihrer eigenen Performance andererseits durchaus wahrscheinlich scheint, dann sicherlich nicht, weil ihre Inhalte und politischen Anliegen nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung tangieren. Das gute Abschneiden der PIRATEN bei den Landtagswahlen 2011/12 und die noch besseren Ergebnisse bei den Meinungsumfragen in den Wochen danach haben deutlich gezeigt, welches WählerInnenpotential für eine Partei dieses Zuschnitts vorhanden wäre.

Zentrale Programmpunkte der Piratenparteien, wie die Stärkung der Bürgerrechte, der Ausbau der direkten Demokratie, die Reform des Urheber- und Patentrechts, der ungehinderte Wissensaustausch, der freie Zugang zu Bildung, mehr Transparenz und Informationsfreiheit sowie die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen werden mit Sicherheit auch in Zukunft weit oben auf der politischen Agenda stehen. Und möglicherweise wird die eine oder andere der etablierten Parteien dann erkannt haben, wie wichtig es ist, auch der von der traditionellen Politik enttäuschten „Generation Internet“ echte Dialogangebote zu unterbreiten.

---

<sup>106</sup> Zitiert nach Trentmann, 2009.

<sup>107</sup> Robert Treichler, Fluch der Politik. In: *profil* 44, 29.10.2012:72.

## 5. Empfohlene Literatur

Henning Bartels, Die Piratenpartei – Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung. Contumax, Berlin 2009.

<http://ebooks.contumax.de/01-piratenpartei.pdf>

Hannah Beitzer, *Piraten werfen früheren NPDler raus*, Süddeutsche, 24.4.2012.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/parteiausschluss-piraten-werfen-frueheren-npdler-raus-1.1340772>

Manuel Bewarder, „Das Wort ‚Jugendsünden‘ ist falsch gewählt“, Die Welt, 14.10.2011.

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article13661428/Das-Wort-Jugendsuenden-ist-falsch-gewaehlt.html>

Fabian Blumberg, Partei der „digital natives“? Eine Analyse der Genese und Etablierungschancen der Piratenpartei. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2010.

[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_18785-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_18785-544-1-30.pdf)

Hensel, Alexander; Klecha, Stephan; Walter, Franz, Meuterei auf der Deutschland. Ziele und Chancen der Piratenpartei, Frankfurt 2012.

[http://www.beck-shop.de/fachbuch/leseprobe/9783518062111\\_Excerpt\\_001.pdf](http://www.beck-shop.de/fachbuch/leseprobe/9783518062111_Excerpt_001.pdf)

Tobias Neumann, Die Piratenpartei Deutschland. Entwicklung und Selbstverständnis. Contumax-Verlag, Berlin 2011.

<http://ebooks.contumax.de/04-piratenparteiDeutschland.pdf>

Oskar Niedermayer, PIRATEN. Bundeszentrale für politische Bildung, 28.4.2012

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42193/piratenpartei-deutschland?p=all>

Matthias Thieme, *Piraten waren NPD-Mitglieder*, Frankfurter Rundschau, 11.11.2011.

<http://www.fr-online.de/politik/rechtsextreme-vergangenheit-piraten-waren-npd-mitglieder,1472596,10992834.html>

Nina Trentmann, *Piraten im Aufwind*, Die Welt, 28.9.2009.

[http://www.welt.de/welt\\_print/politik/article4651925/Piraten-im-Aufwind.html](http://www.welt.de/welt_print/politik/article4651925/Piraten-im-Aufwind.html)

Marie K. Wagner, *Meuterei gegen die Schiffsoffiziere*, Frankfurter Allgemeine, 22.12.2009.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/piratenpartei-meuterei-gegen-die-schiffsoffiziere-1639191.html>

Paul Wrusch, *Ringeln um den rechten Umgang*, taz, 16.10.2011

<http://taz.de/Ex-Neonazis-bei-der-Piratenpartei!/80040/>

Udo Zolleis, Simon Prokopf, Fabian Strauch, Die Piratenpartei. Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft? Hanns-Seidel-Stiftung, München 2010.

[http://www.hss.de/uploads/tx\\_ddceventsbrowser/AA-55\\_Piratenpartei\\_02.pdf](http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/AA-55_Piratenpartei_02.pdf)



Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die “Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung” (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage [www.politikberatung.or.at](http://www.politikberatung.or.at).

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

**Zum Autor der Studie:**

**Dr. Werner T. Bauer**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der ÖGPP

Kontakt: [werner.bauer@politikberatung.or.at](mailto:werner.bauer@politikberatung.or.at)